Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 90 — 88. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Donnerstag, den 18. April 1929**

Kurpfuschermittel.

In der Zeit einer ganz besonders angespannten und unübersichtlichen Wirtschaftslage ist diesmal die Hauptvertretung der deutschen Wirtschaft, nämlich der Industrie- und Handelstag zusammengetreten. Dunkel umwölkt ist der Horizont unseres Wirtschaftslebens und nicht minder drohend und dunkel ist die Zukunft. Das gilt ebenso in rein wirtschaftlicher wie in sozialpolitischer Hinsicht. Es scheint ja beinahe, als übe ein zurzeit wieder etwas stärker pulsierendes Wirtschaftsleben in Deutschland seine wohltuende Wirkung vor allem auf die Höhe der Arbeitslosenziffer aus, aber leider macht sich dieser Einfluß nur sehr langsam und zögernd geltend. Man wird die Sorge nicht los, daß nicht nur die Folgen des harten Winters, sondern tiefere Gründe dieses langsame und zögernde Hinuntergehen der Arbeitslosenziffer verursachen; man weiß vor allen Dingen nicht, wie lange dieses Hinuntergehen anhalten, bis zu welcher Grenze es gehen wird. Gerade in Industriekreisen haben sich überaus ernst zu nehmende Stimmen erhoben, die davon sprechen, daß das Heer der Arbeitslosen sich kaum auf weniger als eine Million vermindern wird, daß wir in Deutschland künftighin also mit einer viel größeren Zahl ständig Arbeitsloser werden rechnen müssen als bisher. Die gleichen Stimmen verweisen auch auf die Tatsache, daß selbst in England seit drei Jahren die Arbeitslosenziffer unter die Million nur hier und da und dann auch nur für kurze Zeit hinuntergegangen ist. Bei den ungleich schwierigeren wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland müßte man also eine ähnliche Entwicklung befürchten. Ein derart großes Reserveheer der Wirtschaft ist aber — das merkt selbst das reiche England — auf die Dauer untragbar; die Arzneimittel freilich, die von allerhand Kurpfuschern immer wieder der deutschen Wirtschaft eingeflößt werden sollen, gießt man am besten unbenutzt zum Fenster hinaus! Sonst würden sie dem Kranken doch nur schaden.

Denn es liegt ein Druck auf dem deutschen Wirtschaftsleben, der durch jene Kurpfuschermittel nicht beseitigt werden kann. Auf der einen Seite ist es die ungelöste Reparationsfrage, auf der anderen sind es die steigenden Lasten, die von der öffentlichen Gewalt zwecks Deckung ihrer Ausgaben auf die deutsche Wirtschaft gelegt werden. Auch hierin ist man, trotz aller Warnrufe und Mahnungen der Wirtschaft und nicht zuletzt auch des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, zu einem Abbau dieser Lasten noch immer nicht gelangt. Noch stärker als dieser Druck ist natürlich die wirtschaftliche Unsicherheit, die von den Pariser Verhandlungen ausstrahlt. Man weiß nicht, was kommen wird, weiß nicht, ob dort wirtschaftlich-finanzielle Vernunft oder ein Machtgebot ohne jegliche Vernunft siegen wird.

Aber das eine tritt trotzdem mit immer größerer Deutlichkeit hervor: die Rückwirkung auf die sozialen Verhältnisse in Deutschland. Gerade diese Rückwirkung bringt aber wieder eine Gradsteigerung der Unsicherheit hinein in unser Wirtschaftsleben. Überall, für Millionen von Arbeitern, sind die Arbeits- und Lohntarife gekündigt, ist man langsam zu Verhandlungen über den Neuabschluß von Verträgen geschritten. Auf der Arbeitnehmerseite werden Lohnerhöhungen gefordert, während in recht wichtigen Teilen unserer Wirtschaft die Arbeitgeberseite nicht nur Lohnsteigerungen ablehnt, sondern darüber hinaus Lohnsenkungen verlangt. Man will hier den Anschluß der Lohnpolitik an die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland wieder herstellen. Daß das nicht ohne schwere Kämpfe geschehen kann, braucht nicht erst noch besonders unterstrichen zu werden. Ebenso ungeklärt ist hierin die Lage der Reichsbahn, wo die Streikwünsche zwecks Erzwingung von Lohnsteigerungen noch längst nicht zum Schweigen gebracht worden sind. Auch im Bergbau drängen die Dinge zur Entscheidung, alles also ballt sich drohend zusammen; mit ernsten Gesichtern werden daher die Vertreter der deutschen Industrie- und Handelskammer diesmal zusammengetreten sein, nachdem die frohe Zuversicht des vergangenen Jahres durch den Winter schwerster wirtschaftlicher Not radikal getilgt worden ist.

Man hat auch sonst wenig Hoffnungsfreudigkeit, denn auf dem Nachbargebiete der Industrie, bei der deutschen Landwirtschaft nämlich, liegen die Verhältnisse schlecht, und man wird daher auch auf dem diesjährigen Industrie- und Handelskammertag wieder wie im vorigen Jahre die Augen auf jenes Gebiet hinüberlenken und darauf verweisen müssen, wie sehr die deutsche Industrie abhängig ist von dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft. Beides läßt sich schwer oder gar nicht trennen, namentlich in einer Wirtschaft nicht, deren Export draußen mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Denn die Tagung wird ja auch wieder feststellen müssen, daß gerade das Gegenteil jener Träume eingetreten ist, die uns ein Niederreißen oder auch nur eine Verkleinerung der internationalen Zollmauern vorgaukelten. Statt dessen ist überall eine Erhöhung dieser Mauern, eine Erschwerung des deutschen Exports eingetreten und von einer Blüte des deutschen Wirtschaftslebens sprechen nur in bestimmten Absichten allerhand ausländische Phantasten. Auf dem Industrie- und Handelskammertag weiß man es besser, weil er so genau wie vielleicht niemand sonst den Pulsschlag unseres Wirtschaftslebens zu fühlen und dessen langsamer und schwächer gewordenes Pochen festzustellen vermag.

Das deutsche Tributangebot

1650 Millionen auf 37 Jahre

Paris, 17. April. Die in der deutschen Denkschrift genannte Höhe der J[illegible]reszahlungen der Kriegsentschädigung beläuft sich auf 1650 M[illegible]nen Reichsmark. Diese festbleibende Jahreszahlung soll sich [illegible] 37 Jahre erstrecken. — Die Alliierten fordern bekanntlich deutsche Zahlungen auf 58 Jahre.

Die Sachverständigen nahmen am Mittwoch nachmittag die deutsche, von Dr. Schacht überreichte Denkschrift in Empfang. Das deutsche Angebot, das sich im Laufe der Pariser Verhandlungen nicht verändert hat, dürfte die Gegenseite kaum überrascht haben, obgleich man starkes Erstaunen zur Schau trug. Um eine Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen und den Sachverständigen Gelegenheit zu geben, das deutsche Angebot und die alliierte Forderung gegeneinander abzuwägen, beschloß die Vollversammlung, den sogenannten Ausschuß des Lord Revelstoke wieder ins Leben zu rufen und ihm die Verhandlungen über die Ziffern zu übertragen. Dem Ausschuß gehören je ein Vertreter der an der Konferenz teilnehmenden Mächte an. Deutschland wird durch Dr. Schacht vertreten sein. Die erste Sitzung des Unterausschusses ist für Donnerstag vormittag 11 Uhr anberaumt. Mit einer neuen Einberufung der Vollversammlung, die erst nach Vollendung der Arbeiten des Unterausschusses zusammentreten soll, rechnet man nicht vor Beginn der kommenden Woche. Es ist beschlossen worden, vorläufig über den Inhalt der deutschen Denkschrift keine näheren Angaben zu veröffentlichen.

In einem von der Agentur Havas über die heute nachmittag abgehaltenen Vollsitzung der Reparationskonferenz ausgegebenen Kommuniquee heißt es, die deutschen Gegenvorschläge stellten etwa 26,5 Milliarden Mark Gegenwartswert dar, was also genau ausreichen würde, um die Rückzahlung der interalliierten Schulden zu decken (24 Milliarden), ferner den Zinsendienst für die Dawesanleihe (1 Milliarde) und die von den Vereinigten Staaten geforderten Summen für die Erstattung der amerikanischen Besatzungskosten (1400 Millionen Mark). Es würde mithin

kein Restbetrag für die eigentlichen Reparationen

übrig bleiben. Das Havaskommunique bezweifelt, daß die von der deutschen Delegation gemachten ziffernmäßigen Angebote Aussicht hätten, bei den Delegationen der Gläubigermächte irgendwelchen Erfolg zu haben, und erklärt, es sei übrigens angebracht, hervorzuheben, daß diese „Gegenvorschläge" vollkommen außerhalb dessen lägen, was die amerikanische Delegation am 28. März als eine für alle annehmbare Diskussionszone angesehen habe.

Abrüstungsfragen in Genf

Die russischen Vorschläge.

Bei Beginn der Mittwochsverhandlungen der Abrüstungskonferenz verlangte der türkische Minister des Äußern, es müsse anerkannt werden, daß die jetzt bekanntgewordenen türkischen Abrüstungspläne auf alle Fälle in die abzuwickelnde Tagesordnung aufgenommen würden. Die Türkei beantragt, daß für alle in Betracht kommenden Großmächte eine einheitliche Festsetzung getroffen werde für den Bestand der zu unterhaltenden Maximalheeresstreitkräfte. Der Präsident der Konferenz sagte Berücksichtigung der türkischen Wünsche zu. Für die nun zur Beratung kommenden russischen Anträge sprach das Mitglied der russischen Delegation General Langowoi. Rußland wolle mit seinem Vorschlag eine tatsächliche Verminderung der militärischen Lasten und der Kriegsgefahr erzielen. Herabsetzung, nicht nur Begrenzung der Rüstungen sei das Ziel.

Graf Bernstorff, der deutsche Vertreter,

gab eine Erklärung ab, in der es hieß, daß an Stelle des ursprünglichen Gedankens, die allgemeinen schweren Rüstungslasten wesentlich zu vermindern, allmählich ein Handeln um kleinere nebensächliche Dinge eingesetzt hätte. Deshalb trete er für die Behandlung der russischen Anträge ein, weil durch ihre Erörterung die wirklichen Ziele wieder mehr in den Vordergrund geschoben würden.

Der deutsche Reichskanzler habe schon vor sechs Monaten in Genf eine fühlbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes vorgeschlagen, die sich auf alle Elemente der Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft erstrecke. Wenn die russischen Vorschläge auch nicht, wie sie vorliegen, ausführbar seien, so müsse man sie doch in Erwägung ziehen, denn es komme weniger auf die Methode an, sondern auf die Sicherheit, daß überhaupt etwas geschehe.

Bei der Aussprache wurde ein Antrag Litwinow eingebracht, zunächst zu den russischen Grundforderungen Stellung zu nehmen. Der japanische Delegierte verhielt sich ablehnend.

*

Die Beiseiteschiebung der sowjetrussischen Vorschläge mißlungen

Genf, 17. April. Die allgemeine Aussprache der vorbereitenden Abrüstungskommission über die sowjetrussischen Vorschläge nahm einen völlig unerwarteten Verlauf und führte zum Schluß zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Präsident stellte zunächst fest, daß keinerlei Wortmeldungen zu den sowjetrussischen Vorschlägen vorliegen. Eine fortgesetzte Aufforderung, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, begegnete allgemeinem Schweigen. Er sah sich daher gezwungen, die Verhandlung zu unterbrechen. In der Zwischenzeit setzten die üblichen Vermittlungsversuche der höheren Sekretariatsbeamten ein, um einen Ausweg aus der peinlichen Lage zu finden. Schließlich ergriff Litwine noch einmal das Wort. Er erklärte, die Sowjetabordnung habe sich bemüht, durch ihre Vorschläge einen Ausweg aus der völlig verfahrenen Lage zu zeigen, in der die Abrüstungskommission seit zwei Jahren sei. Darauf machte nur der japanische Vertreter Sato eine kurze Bemerkung. Auf die erneute Aufforderung des Präsidenten zu Wortmeldungen folgte erneutes Schweigen. Allgemein wurde bemerkt, daß Lord Cushendhun ebenso wie die Vertreter Belgiens, Italiens und der Vereinigten Staaten es ablehnte, sich über die sowjetrussischen Vorschläge zu äußern. Der Präsident stellte fest, daß die Mehrheit an der bisherigen Arbeitsmethode festhalten wolle und die sowjetrussischen Vorschläge ablehne und beantragte, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen. Dieser Versuch des Präsidenten, die sowjetrussischen Vorschläge stillschweigend zur Ablehnung zu bringen, scheiterte jedoch an der außerordentlich geschickten Taktik der Sowjetrussen. Litwinow erklärte, er wisse noch immer nicht, wie die einzelnen Abordnungen außer Japan und Frankreich zu seinen Vorschlägen ständen. Er schlage daher vor, bindend zu beschließen, daß in Zukunft jede einzelne Abordnung gezwungen sein soll, öffentlich zu den vorliegenden Anträgen Stellung zu nehmen. Die Oeffentlichkeit müsse darüber unterrichtet werden. Er forderte sofort von jeder einzelnen Abordnung eine begründete Erklärung. Der Präsident lehnte dieses Ersuchen schroff ab mit der Begründung, es liege nicht in seiner Macht, die einzelnen Abordnungen zu Erklärungen zu zwingen. London stellte statt dessen eine Entschließung zur Abstimmung, ob die Abrüstungskommission die sowjetrussischen Vorschläge als Grundlage der weiteren Arbeiten der Kommission anstatt des bisherigen Konventionsentwurfes annehme oder nicht. Auch dieser neue Versuch des Präsidenten, eine Ablehnung der sowjetrussischen Vorschläge herbeizuführen, schlug fehl. Graf Bernstorff erklärte kurz, die deutsche Abordnung würde sich im Falle einer solchen Abstimmung der Stimme enthalten, da sie die sowjetrussischen Vorschläge als wertvollen Beitrag betrachte, andererseits die bisherigen Arbeitsmethoden beibehalten wolle. Litwinow legte darauf einen neuen Antrag vor, in dem die Kommission endgültig zu den Hauptgrundsätzen der sowjetrussischen Anträge, also allgemeine Herabsetzung der Rüstungen, proportionale Herabsetzung der Rüstungen der kleineren Länder und Schaffung eines Internationalen Ausschusses für die Herabsetzung der Rüstungen Stellung nehmen soll. Durch diese Formulierung war die Kommission in die Zwangslage versetzt, entweder den allgemeinen Grundsatz der Abrüstung zu verneinen oder die sowjetrussischen Vorschläge anzunehmen. In dieser allgemeinen Verwirrung sah der Präsident keinen anderen Ausweg, als die Sitzung aufzuheben und auf Donnerstag zu vertagen.

Deutschlands Wirtschaftssorgen.

Industrie- und Handelstag.

In Berlin hielt unter starker Beteiligung der Deutsche Industrie- und Handelstag seine 49. Vollversammlung ab. Der Vorsitzende, Präsident von Mendelssohn, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, unter denen sich der Reichswirtschaftsminister, der Reichswehrminister, der preußische Handelsminister, Vertreter des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats, der Parlamente, der Reichsministerien und der Landesregierungen, der Reichsbank, der Reichsbahngesellschaft und die Vertreter der Spitzenverbände der Wirtschaft befanden. Auch Reichsarbeitsminister Dr. Wissell war anwesend.

Die Verhandlungen standen sichtlich unter dem Eindruck der immer noch schwankenden Haltung der in Paris tagenden Reparationskonferenz und, obwohl man die gebotene Reserve bewahrte, war es doch deutlich zu erkennen, daß das Gedeihen der deutschen Wirtschaft in Zukunft nicht zu trennen ist von der mehr oder weniger für Deutschland günstigen Entscheidung in Paris.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

überbrachte die Grüße und Glückwünsche der Reichsregierung, ebenso auch die der vertretenen Landesregierungen. Er führte unter anderem dann aus, es werde wohl verstanden werden, daß er in diesem Augenblick nicht zu der Reparationsfrage sachliche Ausführungen machen könne.

Aber die Lösung in Paris habe die größte Bedeutung für das deutsche Volk und für die deutsche Wirtschaft.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF